

Vortrag Reinhard Jung am 7. Juli in Lohe-Rickelshof: Gedanken zur Milchkrise aus züchterischer, betriebswirtschaftlicher und agrarpolitischer Sicht

Zunächst: Dass ich hier rede, ist eine Verlegenheitslösung.

Eigentlich sollte heute Anne Bartjen die Ergebnisse ihrer Doktorarbeit vorstellen. Sie hat nachgewiesen, dass die Deutschen Rotbunten anders als reine Milchrasen auf suboptimale Bedingungen wie z. B. schwankende Futterqualitäten mit vergleichsweise stabilen Leistungs- und Fruchtbarkeitswerten reagieren, dass Fitness und Konstitution unter Belastungen weniger leiden.

Dieser Vortrag über die Robustheit unserer Rasse kann leider nicht gehalten werden, die Doktorarbeit ist zwar schon lange fertig, aber aus einer unveröffentlichten Dissertation darf man noch nicht zitieren, und da der Wissenschaftsbetrieb nicht so zügig arbeitet wie wir das auf unseren Höfen gewohnt sind, müssen wir und noch ein bisschen gedulden. Dafür dürfen wir Anne Bartjen dann auch mit Frau Doktor anreden.

Andererseits ist es die Milchkrise, die uns alle derzeit bedrückt, ja deprimiert. Es gibt Themen, die so gewaltig und überwältigend sind, dass man sie nicht ausblenden kann, dass es nicht funktioniert, sich auf das Tagesgeschäft zu beschränken. Hätten wir angesichts der BSE-Lüge vor fünfzehn Jahren nur über Pedigree und Exterieur sprechen wollen? Ich glaube kaum.

Gedanken zur Milchkrise aus züchterischer, betriebswirtschaftlicher und agrarpolitischer Sicht: Ich fange mal mit dem einfachsten an, und das ist der züchterische Blick. Nicht, dass Zucht etwas Einfaches wäre, im Gegenteil ist sie eine hohe Kunst, aber die züchterische Bewertung der Milchkrise fällt uns Rotbuntzüchtern noch am einfachsten, bestätigt sie uns doch nachhaltig in unserer Auffassung, dass es richtig ist, nicht nur auf einen Betriebszweig zu setzen.

In unserem Internet haben wir drei Argumente für die Rasse:

- „Gesunde Tiere optimieren Produktionskosten“ geht immer, genau dazu werden wir ja hoffentlich im nächsten Jahr etwas von Anne Bartjen hören.
- „Gras ist das günstigste Futter“ war das entscheidende Argument, als wir vor drei Jahren an den Start gingen. Angesichts explodierender Pachten, insbesondere für Acker, zeigten sich die Vorzüge der Deutschen Rotbunten als perfekte Grundfutterverwerter auf hohem Niveau. Inzwischen wackeln die Pachten, wer damals einen astronomischen Betrag vereinbart hat, muss dieses Jahr froh sein, wenn er einen kleinen Abschlag erhält. Die Kraffutterpreise sind im Vergleich zu damals deutlich gesunken. Zwar ist die intensive Grünlandnutzung nach wie vor ein wichtiger Faktor, aber eindeutig in den Vordergrund rückt in der Milchkrise das dritte Argument:
- „Doppelnutzung sichert stabile Erlöse“. Wobei man heute wohl eher sagen muss: Doppelnutzung sichert überhaupt Erlöse, sorgt dafür dass in dieser Situation überhaupt noch ein bisschen Liquidität auf den Betrieben ist, von einer angemessenen Entlohnung der Arbeit wollen wir lieber nicht sprechen. Die Milchkrise zeigt auf extreme Weise die Vorteile der Deutschen Rotbunten, trotzdem besteht kein Anlass,

sich zu freuen. Theoretisch könnten wir auftrumpfen, wir haben es ja schon immer gesagt. Praktisch sind wir müde, frustriert und wir haben keine Lust, auf dem ganzen Elend auch noch unser züchterisches Süppchen zu kochen. Vielleicht ist das falsch, die Holstein-Züchter haben sich zu Zeiten der BSE-Lüge stolz als die Alternative präsentiert, aber vielleicht sind wir einfach anders drauf und das ist gut so.

Der züchterische Blick ist vor allem deshalb einfach, weil wir uns da alle einig sind, sonst wären wir nicht hier. Betriebswirtschaftlich wird eine gemeinsame Einschätzung sicher schwieriger. Letztlich kann ich nur für mich sprechen ... und ich bin nichtmal Milchviehhalter, betreibe Landwirtschaft nur im Nebenerwerb. Aber das, was bei der Milchkrise derzeit besonders deutlich zutage tritt, betrifft nach meiner Einschätzung die Landwirtschaft insgesamt, deshalb traue ich mir eine Einschätzung zu.

Seit ich die Entwicklung der Landwirtschaft beobachte, das sind mittlerweile rund 25 Jahre, gab es einen Strukturwandel hin zu größeren Betrieben, und davor gab es ihn natürlich auch. Zwei Einschränkungen: 1. In Ostdeutschland gab es den Strukturwandel in die andere Richtung, hin zu kleineren Betrieben. 2. Ob der Strukturwandel hier in dem Ausmaß betriebswirtschaftlich notwendig war und volkswirtschaftlich sinnvoll, wage ich zu bezweifeln, aber das müssen wir nicht diskutieren. Fakt ist, es gab ihn.

Allerdings: In all diesen Jahren gab es fast keine Insolvenzen – sicher kam es im Einzelfall vor, dass jemand seinen Hof versoffen hat – aber die Betriebsaufgaben fanden fast ausschließlich ohne Vermögensvernichtung statt, das heißt die Bauern gaben ihre Landwirtschaft auf, blieben aber Hofbesitzer, in der Regel als Verpächter. Heute mehreren sich Meldungen über Betriebsaufgaben, bei denen eine Insolvenz der Inhaber nur durch vollständige Veräußerung des Betriebsvermögens abgewendet werden kann. Auch gibt es Informationen über Betriebe, auf denen die Gläubiger zur Absicherung ihrer Forderungen inzwischen die wesentlichen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen treffen. Das ist neu, das gab es früher nicht.

Früher war nicht alles besser, aber es war ein wesentliches Merkmal von bäuerlichem Wirtschaften, dass ökonomisch riskante Unternehmungen vermieden wurden. Modernen Ökonomen, allen voran den Agrarwissenschaftlern, galt bäuerliche Landwirtschaft deshalb als zu wenig dynamisch, als unfähig, die Potenziale boomender Agrarmärkte zu erschließen. Der bäuerliche Familienbetrieb galt als rückständig, als Auslaufmodell. Mit Bewunderung wurden rasante, mit Fremdkapital finanzierte Wachstumsschritte beobachtet: Warum sollte man Landwirtschaft nicht auch als Konzern organisieren?

Nun, das Musterbeispiel für moderne Landwirtschaft, der größte deutsche Agrarkonzern KTG Agrar mit mehr als 17.000 Hektar allein in Brandenburg, steht aktuell kurz vor der Insolvenz. Und in der Milchkrise sind es vor allem Betriebe, die in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen sind, die heute ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können.

Vielleicht war die altmodische Vorsicht gegenüber riskanten Unternehmungen doch nicht ganz verkehrt. Ihr liegt die Erfahrung zugrunde, dass es auch mal drei Missernten nacheinander und eine Steuererhöhung gleichzeitig geben kann. Landwirtschaft ist durch ihre Abhängigkeit von Wetter und Natur mehr Unwägbarkeiten ausgesetzt, weniger planbar als andere Wirtschaftsbereiche. Wenn dann noch die so genannten

volatilen Märkte dazu kommen, kann es schnell gefährlich werden. Die schon immer vernünftige Antwort darauf war eine hohe Eigenkapitalquote. Das bedeutet, in dem Spannungsfeld von Rentabilität und Liquidität lieber auf Nummer sicher gehen, also der Liquidität den Vorrang geben. Wer das beherzigt hat, leidet genauso unter der Milchkrise, ist aber immerhin noch Herr auf seinem Hof.

Das heißt nicht, dass ein Betrieb nicht wachsen sollte, wenn die Bedingungen dafür stimmen. Das Verrückte an den rasanten Wachstumsschritten der letzten Jahre vor allem in Nordwestdeutschland war nur, dass sie in einer Zeit erfolgten, als die Rohstoffmärkte boomten und großartige Zukunftsperspektiven vorausgesagt wurden. In einer Zeit, in der viele gewachsen und wenige gewichen sind. In der auch die Pachtpreise und Stallbaupreise boomten. Natürlich kann man sich nicht immer antizyklisch verhalten, insbesondere wenn sich die Chance ergibt, Flächen hinzuzubekommen. Aber Vollgas zu geben, wenn das alle tun, kann eben auch ziemlich teuer werden.

Ein weiterer Aspekt ist die Intensität der Tierproduktion. Da habe ich natürlich gut reden in einer Region mit im Durchschnitt 0,5 GV pro Hektar. Aber 2 GV pro Hektar sind meines Erachtens trotzdem die äußerste Kante, was man sich zumuten sollte. Denn es kann durchaus sein, dass die Kraftfutterpreise schon bald wieder ansteigen werden, einerseits. Dass andererseits die Umweltauflagen zunehmen werden, steht wohl außer Frage. Und so irrsinnig und ideologisch motiviert die Reglementierungen der neuen Düngeverordnung auch sein mögen: In Regionen mit extrem hoher Viehdichte fällt es zunehmend schwer, gegen solche Auflagen zu argumentieren.

Strukturwandel ist gut, er gehört zur Marktwirtschaft. Es ist normal, dass Betriebe größer oder kleiner werden, neu entstehen oder aufhören. Wenn aber die Gesamtzahl der Betriebe seit Jahrzehnten abnimmt und sich gleichzeitig viele Betriebe in Existenznot befinden, ist irgendwas faul. Die Ursachen liegen auch bei uns selbst. Vor jeden betrieblichen Entwicklungsschritt gehört die nüchterne Analyse: Was passt zum Standort? Was kann ich bezahlen? Was kann ich beherrschen? Was will ich überhaupt?

Der Wachstumswahn, den Bauernverband, Landwirtschaftskammer, Agrarwissenschaftler und Spezialberater predigen, hat unternehmerische Fehlentscheidungen regelrecht provoziert, die sich jetzt verheerend auswirken. Wir brauchen nicht wenige große, sondern viele starke Betriebe. Und daraus folgt: Wir brauchen die Besinnung, die Rückbesinnung auf eine betriebswirtschaftliche Strategie, die Stabilität in den Mittelpunkt stellt. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel.

Nun zur agrarpolitischen Seite, das ist leider die schwierigste, weil wir am wenigsten Einfluss darauf haben, aber sie ist enorm wichtig, und deshalb sollten wir die gegenwärtige Diskussion zumindest aufmerksam verfolgen. Was zunächst auffällt ist, dass die maßgeblichen Berufsorganisationen nach dem Staat rufen. Man könne die Milchproduktion nicht einfach dem Markt überlassen, hören wir derzeit überall. Und in der Tat: Das Ende eines massiven staatlichen Eingriffs, der Wegfall der Milchquote im April 2015, markiert zugleich den Beginn der schweren Krise der Milchproduktion, die bis heute andauert. Aber ist wirklich der Markt daran schuld?

Die einen, organisiert im BDM, hatten ja schon immer gewarnt vor dem Auslaufen der Quote und verlangen jetzt ein System der flexiblen Mengensteuerung. Zweifelsohne,

eine Drosselung des Angebotes wäre in der gegenwärtigen Situation vernünftig – nur wer soll darüber entscheiden? Selbst wenn es gelänge, funktionierende Regeln für eine Mengensteuerung auf europäischer Ebene zu verankern, bliebe immer noch die Frage, wer am Ende das Steuer hält. Welchem Gremium, welchem aktuellen Agrarpolitiker trauen wir zu, dass er die Milchmengen nicht nur einigermaßen gerecht, sondern auch noch dauerhaft in unserem Sinne steuert? Ganz schwieriges Thema.

Den anderen, organisiert im DBV, konnte die Quote nicht schnell genug verschwinden, sie wollten endlich ohne Beschränkungen für einen Weltmarkt produzieren, der angeblich nur darauf wartete, von deutscher Milch geflutet zu werden. Nun können sie ihre neuen Ställe, die sie in Erwartung des großen Booms gebaut haben, nicht mehr bezahlen und fordern Liquiditätshilfen. Plötzlich kommt wieder der Staat ins Spiel – man kann doch nicht zulassen, dass ausgerechnet die modernen, zukunftsfähigen Betriebe dieser Krise zum Opfer fallen. Kann man wirklich nicht? Jedenfalls sind Liquiditätshilfen klar ein Eingriff in den Markt, noch dazu einer, der die Krise absehbar verlängert.

Der Markt funktioniert schon, wenn man ihn lässt. Dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Milcherzeugern riskante Wachstumsschritte unternommen hat, war deren eigene unternehmerische Entscheidung und, wie sich jetzt heraus stellt, ein unternehmerischer Fehler. Natürlich ist zu hoffen, dass möglichst viele Betriebe aus dem Desaster ohne völlige Vermögensvernichtung heraus kommen, aber das ist wiederum eine betriebswirtschaftliche Frage, keine Aufgabe der Politik.

Das Problem der Milchproduktion ist meiner Meinung nach nicht zu viel, sondern zu wenig Markt. Nach wie befinden sich fast alle Milcherzeuger in völlig antiquierten, überregulierten Abhängigkeitsverhältnissen zu ihren Meiereien. Verträge mit Genossenschaftsmeiereien enthalten sehr lange Laufzeiten sowie eine so genannte Andienungspflicht über die komplette Menge ohne Aussage zum Preis. Viele Privatmeiereien arbeiten mit Vergleichspreisen und beziehen sich damit auf das von den Genossenschaften nachträglich ausgerechnete Preisniveau. Durchweg muss sich der Milcherzeuger langfristig binden und weiß nicht, welchen Preis er für sein Produkt erhält. Der Milcherzeuger nimmt also nicht am Markt teil – er bekommt, was übrig bleibt, nachdem Lebensmitteleinzelhandel und Meiereien sich bedient haben.

Diese Verträge sind sittenwidrig und wettbewerbsfeindlich und sie sind ein Fremdkörper in unserer gesamten Wirtschaft. Nirgendwo sonst wird etwas verkauft, ohne dass ein Preis vereinbart ist. In einen fairen Milchliefervertrag gehören Menge, Preis und Lieferzeitraum. Was wir bei der Milch haben ist nicht Marktwirtschaft, sondern Leibeigenschaft, eine zeitgenössische Spielart von Mittelalter.

Vor allem findet unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Wettbewerb statt. Ganz gleich ob sie Magermilchpulver verkaufen oder ein hochveredeltes Markenprodukt – die Genossenschaftsmeiereien machen immer Gewinne, im Zweifelsfall nämlich auf Kosten ihrer Lieferanten. Das Marktrisiko trägt allein der Milcherzeuger. Marktchancen bleiben ungenutzt, weil es für das Management kaum Anreize gibt, etwa mit innovativen Produkten oder modernem Marketing um die kaufkräftige und zahlungswillige Verbraucherschaft zu werben. Dass es auch anders geht, machen die Privatmeiereien vor, aber die profitieren natürlich gerne von den niedrigen Vergleichspreisen und stecken die Gewinne selber ein.

Die Andienungspflicht ist ein Relikt aus der Mottenkiste des dörflichen Meiereiwesens, als man sich den Aufsichtsratsvorsitzenden auf dem Weg von der Kneipe zu seinem Hof noch vorknöpfen konnte. Sie passt nicht in unsere Zeit. Denn selbst wenn viele genossenschaftlich gebundene Milcherzeuger sich einig wären und über die entsprechende Kapitaldecke verfügen würden, ist eine Änderung von innen heraus in Zeiten multinationaler Konzerne wie Arla, Campina und DMK illusorisch. Und die Milchindustrie hat ihr Sklavenhaltersystem leider verdammt gut abgesichert, über deutsches und europäisches Recht.

Paragraph 148 der Europäischen Agrarmarktordnung erlaubt es den Mitgliedsstaaten, Rechtsverordnungen zu erlassen, in denen Milchlieferverträge mit Menge, Preis und Lieferzeitraum vorgeschrieben werden. Die Absätze 3 und 4 aber nehmen Genossenschaftsmeiereien von dieser Erlaubnis aus und ermöglichen die freie Verhandelbarkeit aller Vertragsbestandteile. Am 15. April hat die Agrarministerkonferenz beschlossen, dass die Absätze 3 und 4 ersatzlos gestrichen werden sollen. Im Juni haben Bundestag und Bundesrat eine Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes beschlossen, die den Erlass einer solchen Rechtsverordnung vorbereitet. Alles bisher auf Betreiben von Mecklenburg-Vorpommern, dessen Landwirtschaftsminister Till Backhaus das Problem erkannt hat. Aber nach wie vor verteidigen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, der Milchindustrieverband und der Bauernverband die Andienungspflicht. Wer bezahlt eigentlich den Bauernverband?

So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig – das ist die Grundregel der sozialen Marktwirtschaft. Bei der Milchproduktion haben wir eindeutig zu viel Staat. Mit Abschaffung der Andienungspflicht könnten sich Meiereien und Milcherzeuger endlich auf Augenhöhe begegnen. Damit wäre zwar kein Gramm Milch verschwunden, dafür hat der Markt seine eigenen, funktionierenden Regeln. Kein Unternehmer kann verlangen, dass der Staat ihm das wirtschaftliche Risiko abnimmt. Aber was die Milcherzeuger mit Recht für sich einfordern dürfen ist, dass Sie in Zukunft gleichberechtigt am Markt teilnehmen können und nicht mehr abwarten müssen, was für sie übrig bleibt.

Der Bauernbund Brandenburg hat diese Forderung bereits im Frühjahr 2015 aufgestellt, parallel zum Ende der Milchquote, und wir werden uns weiter dafür einsetzen.

Reinhard Jung